

Rund 7 Millionen Deutsche sind bereits verschuldet

Erstmals seit 2013 ist die Zahl überschuldeter Privatpersonen in Deutschland zurückgegangen, feiert die Presse diese Mitteilung. Dabei ist die Überschuldungsquote nur minimal gesunken. 6,9 Millionen Bürger sind überschuldet, das sind gerade einmal 10.000 Personen weniger als noch 2018. Die Überschuldungsquote beträgt exakt 10 Prozent, im Vorjahr waren es noch 10,04 Prozent gewesen. In den alten Bundesländern sind derzeit etwa 5,8 Millionen Bürger überschuldet, in den neuen Bundesländern gut 1,1 Millionen. Die absolute Anzahl der Überschuldungsfälle sank im Osten um 11.000, während sie im Westen um 1.000 Fälle anstieg.

Während die Überschuldungsquote bei Bürgern bis einschließlich 49 Jahren geringfügig sank, gab es eine dramatische Entwicklung bei älteren Menschen. Im Vergleich zu 2018 ist die Zahl der verschuldeten Rentner über 70 Jahre mit zusätzlichen 118.000 Fällen auf 381.000 Menschen angestiegen. Das entspricht einem Wachstum von 45 Prozent.

Bargeld als Zahlungsmittel erhalten

Geht es nach dem IWF, könnte Bargeld aus dem Alltag verschwinden. Nicht nur, dass die Bürger damit im gesamten Zahlungsverkehr leichter überwacht werden können. Die Abschaffung hätte weitere erhebliche Nebenwirkungen.

Bargeld soll unter Zwang verschwinden und ein Anfang wurde bereits gemacht. Die Europäische Zentralbank (EZB) unter Mario Draghi hat den 500-Euro-Schein mit Schwarzarbeit, Geldwäsche und Terror in Verbindung gebracht, weshalb die Banknote seit Kurzem aus dem Verkehr gezogen wird. Seit 2014 werden die Einlagen der Geschäftsbanken bei der EZB negativ verzinst, sodass manche Banken von wohlhabenden



Eine 22-jährige Frau ist im Düsseldorfer Hofgarten Opfer einer brutalen Gruppenvergewaltigung geworden. Vier Migranten im Alter von 18 bis 34 Jahren wurden als Verdächtige festgenommen. Innerhalb weniger Wochen kam es damit im Hofgarten erneut zu einer brutalen Gruppenvergewaltigung. Bereits nach der ersten Tat stellten die Republikaner im Stadtrat die Anfrage, welche Verbesserungen es zum Schutz der Bevölkerung im Hofgarten gibt. Die Antwort war ernüchternd, denn offenbar besteht kein Interesse daran, den Hofgarten oder generell die Stadt sicherer zu gestalten. Die erschreckende Tat war somit vorhersehbar. Die Gefahr Opfer einer schweren Straftat zu werden nimmt zu. Dabei ist die Ausländerkriminalität mitursächlich.

Kunden Minuszinsen und von vielen Kunden höhere Gebühren fordern. Für die nahende Rezession sind noch deutlich höhere negative Zinsen avisiert. Das geht aber nur, wenn Bargeld abgeschafft ist oder automatisch an Wert verliert. Sonst würden die Bankeinlagen einfach in Bares getauscht.

Dem Vorhaben steht aber nicht nur der Wille zur Beibehaltung des Bargeldes entgegen. Bargeldmengen stellen für Zentralbanken einen autonomen Faktor dar, der nicht direkt von ihnen bestimmt werden kann. Zentralbanken stellen so viel Bargeld zur Verfügung, wie die Bürger für ihre täglichen Transaktionen oder für die Wertaufbewahrung nachfragen.

Zahl der Sozialwohnungen verringert sich immer weiter

Bundesweit ist nur noch jede 36. Wohnung eine Sozialwohnung und damit gerade einmal 2,8 Prozent vom gesamten Wohnungsbestand. Im Schnitt sind in den vergangenen drei Jahren jeweils rund 84.500 Sozialwohnungen pro Jahr aus der Sozialbindung gefallen - und somit aus der Verpflichtung von Eigentümern, diese Wohnungen zu vergünstigten Konditionen zu vermieten.

Rein rechnerisch verschwinden pro Tag 232 Sozialwohnungen. Das Minimalziel der Politik muss daher sein, bis zum Jahr 2030 wieder über 2 Millionen Sozialwohnungen in Deutschland zu verfügen. Aktuell sind es nicht einmal 1,2 Millionen. Besonders in Großstädten finden Personen mit geringem und mittlerem Einkommen kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Diese Situation zeichnet sich vermehrt auch in kleineren Städten ab.

Auch sind Banken an der Bargeldabschaffung interessiert, da diese einen zunehmenden Vertrauensverlust erleben. Im Verlauf der europäischen Finanzkrise wankten viele europäische Geldhäuser, sodass die Kunden erwogen, ihre Einlagen abziehen. In Falle eines solchen Bankencrashes ist mehr Bargeld nötig. In Griechenland wurde deshalb im Jahr 2015 das Bargeld an den Automaten zeitweise rationiert. Merkel sah sich am 5. Oktober 2008 genötigt, die Sicherheit der Ersparnisse in Deutschland zu garantieren. Deshalb: Bewahren wir unsere Unabhängigkeit von Banken und lassen wir uns unsere Zahlungsweisen nicht diktieren.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE REPUBLIKANER REP

LV Hessen wählt neuen Vorstand



Pressemitteilung: Die hessischen Republikaner haben nach zwei Jahren eine neue Führungsmannschaft gewählt

Landesvorsitzender ist der Fraktionsvorsitzende in der Hanauer Stadtverordnetenversammlung Bert-Rüdiger Förster. Ihn unterstützt als Stellvertreter Haymo Hoch. Das Amt der Schriftführerin übernahm Petra Werek, das des Schatzmeisters Georg Dressler. Ralf Müller vervollständigt den Vorstand als Beisitzer. Förster – dem Ministerpräsident Volker Bouffier kürzlich den Ehrenbrief des Landes Hessen verlieh – stellte fest, dass mit der Vorstandswahl in der Entwicklung des Landesverbands eine Trendwende eingetreten sei. Man habe nun die Talsohle durchschritten und könne darangehen, die Kreisverbände wiederaufzubauen und sich auf die Kommunalwahl 2021 vorzubereiten.

Strompreise steigen um 5,4 Prozent

Auf Stromkunden in Deutschland kommt eine Welle an Preiserhöhungen zu. Nach Angaben von Vergleichsportalen haben bislang 177 örtliche Stromversorger ihre Preise um durchschnittlich 5,4 Prozent erhöht. Ein Musterhaushalt mit einem Verbrauch von 4.000 Kilowattstunden müsse in den von den Strompreiserhöhungen betroffenen Regionen mit Mehrkosten von durchschnittlich 67 Euro pro Jahr rechnen. Die Bundesregierung hat zwar erklärt, die Haushalte bei den Strompreisen entlasten zu wollen, doch davon ist bisher noch nichts zu spüren.

Türkei will Islamisten nach Deutschland abschieben

Mehrere IS-Anhänger will die Türkei in dieser Woche nach Deutschland abschieben. So z.B. eine Familie aus Hildesheim, die vor knapp einem Jahr in die Türkei gereist war. Für die türkischen Behörden gelten die Eltern und ihre zwei erwachsenen und drei minderjährigen Kinder als IS-Anhänger. Erst am Montag hatte Ankara bekannt gegeben, mit der Abschiebung solcher Gefangener nach Deutschland zu beginnen. Deutschland ist verpflichtet, sie aufzunehmen, wenn es sich um hiesige Staatsbürger handelt. Sicherheitsbehörden rechnen die Familie aus Hildesheim dem "salafistischen Spektrum" zu, also dem ultrakonservativen Islam. Ob sie auch den sogenannten Islamischen Staat unterstützt haben, kann das Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen "nicht mit abschließender Sicherheit" sagen. Danach folgten zwei Ehefrauen von IS-Kämpfern, die ebenfalls nach Deutschland abgeschoben werden.

Rund 678.000 Wohnungslose

In der amtlichen Statistik kommen sie bislang nicht vor, doch aktuelle Schätzungen zeigen, dass die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland zunimmt. 2018 waren 678.000 Menschen ohne Wohnung, 4,2 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. 2017 lag die Zahl der Menschen ohne Wohnung demnach noch bei 650.000. Dem Bericht der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungslosenhilfe zufolge lebten 2018 etwa 41.000 Menschen ohne jegliche Unterkunft auf der Straße und kamen nicht bei Familienmitgliedern oder Freunden unter.

Weitere 500 Soldaten für Auslandseinsätze eingeplant

Etwa 500 deutsche Soldaten sollen zusammen mit französischen Truppen in Mali stationiert werden. Auch ein Auslandseinsatz in Asien am Südchinesischen Meer ist im Gespräch. „Deutschland soll mehr Verantwortung übernehmen“ – So verlautet es seit einiger Zeit aus dem Berliner Regierungsviertel. Die deutschen Soldaten sollen die französischen Truppen in Mali bei der Mission „Tacouba“ unterstützen, darunter befinden sich auch Soldaten des KSK (Kommando Spezialkräfte).

Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

| Aufnahmeantrag angenommen | | | | Interne Bearbeitung |
|--|--|---|---|---------------------------------------|
| Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift | Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift | Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift | Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift | Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr. |

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.